Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

66 (18.3.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,70 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dups, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 66 | **Freitag, den 18. März 1932** | **103. Jahrgang**

Kurze Tagesübersicht

Die Pläne einer Wirtschaftshilfe für die Donauländer sollen auf diplomatischem Wege weiter behandelt werden mit dem Ziele, zunächst zwischen Deutschland, Frankreich, Italien und England zu einer Vereinbarung zu kommen.

Der Memel-Landtag ist auf den 22. März einberufen worden; in dieser Sitzung wird sich das Simat-Direktorium dem Landtage vorstellen.

Auf Anordnung des preußischen Innenministers fanden bei sämtlichen Geschäftsstellen und Gauleitungen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei in Preußen Haussuchungen statt.

Die Reichsregierung hat nun eine Verordnung über den Osterburgfrieden erlassen, der vom Palmsonntag bis zum Weißen Sonntag reicht.

Die Reichsleitung der N.S.D.A.P. veröffentlicht eine Erklärung, in der sie schärfstens gegen das neuerliche Vorgehen des preußischen Innenministeriums protestiert. Die Reichstagfraktion der N.S.D.A.P. und der Gau Großberlin haben an Reichsinnenminister Groener Protestschreiben gerichtet.

Ministerialdirektor Posse hat dem französischen Ministerpräsidenten Tardieu in Genf noch einmal den deutschen Standpunkt zum französischen Donauplan dargelegt, daß in baldigen Verhandlungen zwischen den vier Großmächten die noch bestehenden Gegensätze überwunden und erst dann die Donaupläne mit den fünf Donaustaaten erörtert werden müßten. England hat bisher noch keinerlei Stellungnahme zum Donaubundplan genommen.

Die Rettung der durch einen Grubenbrand im Kohinor-Schacht der Brucher Kohlenbergwerke (Nordostböhmen) eingeschlossenen acht Bergleute wird als aussichtslos angesehen.

Der Sonderausschuß des Völkerbundes für den japanisch-chinesischen Streit behandelte am Donnerstag in mehrstündiger Aussprache die in Schanghai zwischen Japan und China vereinbarten Waffenstillstandsbedingungen.

Der bisherige deutsche Generalkonsul Dr. Böckers in Genf verläßt in den nächsten Tagen seinen Posten, um in der Abrüstungsabteilung des Auswärtigen Amtes tätig zu sein.

In der französischen Kammer erlitt die Regierung am Donnerstag bei Behandlung der Pensionsvorlagen eine Abstimmungsniederlage; doch sah sich Finanzminister Flandin nicht veranlaßt, die Vertrauensfrage zu stellen.

Verordnung über den Osterburgfrieden

Ausdehnung der Vorlegungspflicht für Plakate und Flugblätter

Berlin, 17. März. Auf Anregung der Oberbehörden der evangelischen und der katholischen Kirche hat der Herr Reichspräsident eine Verordnung erlassen, durch die, ähnlich wie es für die Weihnachtszeit durch die Verordnung vom 8. Dezember 1931 geschehen ist, auch für die Osterzeit das innerpolitische Leben befriedet werden soll.

In der Zeit vom Palmsonntag bis zum Weißen Sonntag mittags 12 Uhr dürfen keine öffentlichen politischen Versammlungen und keine politischen Versammlungen und Aufzüge unter freiem Himmel stattfinden. Für die gleiche Zeit ist jede Art der öffentlichen Verbreitung von Plakaten, Flugblättern und Flugschriften politischen Inhaltes verboten.

Die Reichsregierung ist nicht gewillt, die in den letzten Wochen beobachtete maßlose Verhetzung durch Flugblätter, die in den Häusern verteilt worden sind, noch weiterhin zu dulden. Nach den bisher geltenden Vorschriften der Verordnung zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 28. März vorigen Jahres brauchten nur solche Plakate und Flugblätter politischen Inhaltes der Polizei zur vorherigen Kenntnisnahme mitgeteilt werden, die an oder auf öffentlichen Wegen, Straßen oder Plätzen angeschlagen, ausgestellt, verbreitet oder der Oeffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Nunmehr ist diese Vorschrift dahin ergänzt worden, daß die Vorlegungspflicht auf alle Plakate und Flugblätter politischen Inhaltes ausgedehnt ist, die in irgend einer Art, also auch durch Verteilung in den Häusern, öffentlich verbreitet werden.

•

Sitzung des Reichskabinetts.

T.U. **Berlin,** 17. März. Das Reichskabinett trat am Donnerstag nachmittag zusammen u. faßte über verschiedene wichtige Angelegenheiten Beschluß, so über die Postabfindung für Bayern und Württemberg, den Osterburgfrieden, die Neuregelung der Biersteuer und das Realsteuergesetz. Die Entscheidung über die Steuerangelegenheiten wird am Freitag veröffentlicht werden. Wie es heißt, ist die Biersteuer in der vom Reichsrat vorgelegten Fassung genehmigt worden.

Schutzmaßnahmen für die Geflügelhaltung

Berlin, 17 März. Die sogenannte **„Eiernotverordnung“,** die am Donnerstag vom Reichsrat verabschiedet worden ist, schafft eine der bedeutsamsten Voraussetzungen für die Bereinigung des deutschen Eiermarktes. Binnen kurzem werden auch die weiteren Pläne für die Rentabilitätssteigerung der Geflügelhaltung in die Tat umgesetzt werden. Es ist eine **Erweiterung der bisherigen Geflügelmaisaktion beabsichtigt. Die Abgabe des verbilligten Geflügelfutters soll vorläufig an alle Geflügelhalter erfolgen** und es ist wahrscheinlich bald mit einer Ergänzung des handelspolitischen Schutzes der deutschen Geflügelhaltung zu rechnen.

Der Reichsrat genehmigte die Verordnung über **Handelsklassen für Hühnereier.** Sie soll den deutschen Geflügelhalter zur Erzeugung hochwertiger Eier erziehen, um ihn dadurch konkurrenzfähig auf dem Weltmarkt zu machen. Es werden **zwei Gütegruppen** mit je fünf Untergruppen gebildet. Wer sich nicht den Handelsklassen einordnen will, muß sich dem Kennzeichnungszwang unterwerfen. Das Recht, Eier zu kennzeichnen, ist jedoch von einer Genehmigung und einer dauernden **Kontrolle bis zum Erzeuger** zurück abhängig. Der Großhandel muß laufende schriftliche Lieferverträge mit den Erzeugern nachweisen. Der Mindestumsatz muß 2 Millionen Eier betragen. Auch ein Mindestgeflügelbestand ist vorgesehen. An dem Kennzeichnungszwang für Kühlhauseier hatten schon die Reichsratsausschüsse mit großer Mehrheit festgehalten. Ein bayerischer Antrag, den Mindestumsatz von 2 auf 1 Million herabzusetzen, wurde in der heutigen Sitzung abgelehnt.

Vor der Notverordnung über Biersteuersenkung

T.U. **Berlin,** 18. März. Die Notverordnung über die Senkung der Biersteuer wird nach einer Meldung Berliner Blätter wahrscheinlich heute (Freitag) veröffentlicht werden.

Die Senkung wird für alle Staffeln der Reichsbiersteuer drei Reichsmark ausmachen. Diese Senkung bringt bei verschiedener Höhe der Reichsbiersteuer je nach der Menge der Erzeugung der einzelnen Betriebe für die kleinsten Betriebe eine Entlastung von 32 v. H. der Reichsbiersteuer, für die größten Betriebe eine Entlastung von 25 v. H. Bei der Gemeindebiersteuer soll eine Senkung um 40 v. H. eintreten, aber nicht unter vier Reichsmark. An der Entschädigung der Gemeinden für den Biersteuerausfall in Höhe von 28 Millionen ist festgehalten worden. Die Ermäßigung der Biersteuer beginnt am 20. März. Stichtag für die Steuersätze, die um einen bestimmten Prozentsatz herabgesetzt werden, ist der 19. März. Die Ermäßigung des Bierpreises soll bei einem bisherigen Preis für ein bestimmtes Maß in Höhe von 25 Reichspfennig 5 Reichspfennig betragen.

Gleichzeitig wird die Monopolabgabe für Branntwein von 400 RM. auf 250 RM. je Hektoliter Weingeist herabgesetzt. Dadurch wird der Trinksprit von 600 RM. auf 400 RM. je Hektoliter Weingeist im Preise ermäßigt.

Haussuchungen bei den NSDAP.-Geschäftsstellen

Berlin, 17 März. **Wie wir erfahren, fanden in Preußen auf Anordnung des preußischen Ministers des Innern bei sämtlichen Geschäftsstellen und Gauleitungen der NSDAP. Haussuchungen statt, um zu prüfen, ob bei diesen Stellen gesetzwidriges Propagandamaterial vorliegt.**

In einer Mitteilung des preußischen Ministers des Innern heißt es: Die polizeilichen Feststellungen im Gesamtgebiet des Freistaates Preußen haben ergeben, **daß am Wahltage die sogenannten SA.-Formationen der NSDAP. in Alarmbereitschaft standen.** Die Anordnung dieser Maßnahme war von der Münchener Befehlsstelle ergangen. Man gewinnt den Eindruck, daß mindestens viele Gruppen- und Unterführer der SA. ernstheafte Gewaltmaßnahmen ins Auge gefaßt haben. Im Kreise Oldenburg in Holstein war den Angehörigen der SA aufgegeben worden, sich am 12. März für längere Zeit mit Proviant zu versehen. Der Grund für diese Anordnung war die Absicht, die **SA.-Leute auf Kraftwagen nach Berlin zu transportieren.** In die gleiche Richtung gingen die Feststellungen in Wandsbek. Ueberall sind denn auch am Wahltage im südlichen Holstein Zusammenziehungen der SA. in größeren Trupps beobachtet worden. In Flugblättern forderte die NSDAP. die Polizeibeamten auf, weder Gummiknüppel noch Schußwaffen gegen Nationalsozialisten oder SA.-Leute anzuwenden. Die wenige Tage vor dem Wahltage in Berlin erfolgte Verhaftung des Schutzpolizeileutnants Lange und des Polizeiwachtmeisters Schulz-Briesen hat den Nachweis dafür erbracht, daß auch die Nationalsozialisten versuchen, Polizeibeamte zum Verrat am Dienstgeheimnis zu verleiten.

In krassem Widerspruch zu der vom Führer der NSDAP. sogar beschworenen Verleugnung aller Gewaltpläne stehen auch die gerade in den letzten Tagen bei Angehörigen der SA. gemachten **Waffenfunde** im Kreise Einbeck, im Kreise Salzwedel und im Kreise Pinneberg. Die in den letzten Tagen der Wahlarbeit von Nationalsozialisten begangenen schweren Ausschreitungen beweisen ebenfalls die unerlaubte Bewaffnung von weiten Kreisen der nationalsozialistischen Partei.

Diese Feststellungen erfahren noch eine besondere Beleuchtung durch Aufzeichnungen, die vor einigen Tagen bei Durchsuchungen in Berlin gefunden wurden. Nach diesen Planen wurde **eine Einschließung Berlins** durch vorher herangezogene Berliner SA.-Einheiten mit Unterstützung der im weiteren Umkreise von Berlin in der Provinz zusammengezogenen SA.-Formationen vorbereitet und sorgsam betrieben. Detailliert sind die Sammelpunkte für die einzelnen SA.-Formationen angegeben, Anweisungen über Anmarschstraßen sind angefügt. Viehbestände, Kartoffeln und Erbsen sind durch die SA.-Kommados sicherzustellen. Bäckereien sind zur Brotherstellung zu besetzen. Die Waffen der Landesverteidigung sind von dem Sturmführer zu beschlagnahmen und beim Transport zum Alarmsammelplatz mitzuführen.

In den Unterkunftsorten, die für die einzelnen Sturmbanns genau festgelegt und verteilt werden, sollen die **Gemeindevorsteher und Landjäger durch Sonderkommandos festgesetzt, die Fernsprechagenturen und Telephone besetzt werden.**

Auch im Gaubüro der NSDAP. Berlin sind Alarmbefehle gefunden worden, die für den ersten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl vorgesehen waren, und auf eine Zernierung von Groß-Berlin abzielten.

Ein Rundschreiben vom Februar dieses Jahres des Inspekteurs der **Motorstürme und Staffeln der NSDAP.** aus München gibt die Richtlinien und eine genau ausgearbeitete Karte zum Reichsrelais, das durch Kraftwagen und Motorräder von Nord- und Mitteldeutschland bis nach München zu organisieren ist. Dieses Reichsrelais und die dafür ausgegebenen Richtlinien treten in Kraft, wenn das ausgegebene Stichwort mitgeteilt wird. Das **Stichwort** hieß: „Großmutter gestorben, Max.“ Auf dieses Stichwort hin sollten alle die erlassenen Kriegs- und Alarmvorschriften in Kraft treten.

Eine Erklärung der N.S.D.A.P.

T.U. **München,** 17. März. Die Pressestelle der Reichsleitung der N.S.D.A.P. teilt mit:

„Das Vorgehen der preußischen Staatsregierung gegen die N.S.D.A.P. ist ein neuer Versuch, ein Verbot, bezw. eine organisatorische Vernichtung der N.S.D.A.P. und ihrer Einrichtungen, die S.A., S.S., Hitler-Jugend usw. zu erreichen unter der Behauptung, daß die N.S.D.A.P. auf gewaltsame Weise sich die politischen Machtmittel im Staate erkämpfen wolle. Die Reichsleitung der N.S.D.A.P. erklärt, daß dieser Versuch ebenso wie alle bisher unternommenen an der absolut unbedingten und organisatorisch einwandfrei gesicherten Gesetzmäßigkeit des Vorgehen der Führer der N.S.D.A.P. scheitern wird. Adolf Hitler und sämtliche Führer und Unterführer der N.S.D.A.P., mögen sie an organisatorisch verantwortlicher Stelle stehen wie immer, sollen und werden das politische Ziel der N.S.D.A.P. auf vollkommen verfassungsmäßigem Wege erreichen. Unsere Gegner organisieren jetzt unter geradezu lächerlichen, von ihnen selbst konstruierten Vorwänden, auf die im einzelnen noch heute geantwortet werden wird, ein großangelegtes Kesseltreiben gegen die N.S.D.A.P., ihre Führer und Gliederungen. Die Behauptung der Illegalität der N.S.D.A.P. ist in vollem Umfange einer der Vorwände, auf die gestützt man glaubt, mechanische Machtmaßnahmen gegen die N.S.D.A.P. noch durchführen zu können.“

Die N.S.D.A.P. liefert Freitag bei Groener Legalitätsdokumente ab.

T.U. **München,** 17. März. Die Pressestelle der Reichsleitung der N.S.D.A.P. gibt eine Mitteilung heraus, wonach gegenüber dem Versuch, die nationalsozialistische Bewegung mit illegalen Absichten zu belasten, und gegenüber den von den Nationalsozialisten schon seit Monaten vorhergesehenen und ihnen bekannt gewordenen Absichten des preußischen Innenministers alle maßgebenden Unterführer der Partei schon aus anderem Anlaß ihrerseits eine Erklärung des Führers über die absolute Gesetzlichkeit und Legalität der Absichten und des Vorgehens der Partei und ihrer gesamten Glieder persönlich unterzeichnet hätten. Alle diese Dokumente seien noch heute (Donnerstag) nach Berlin gesandt und würden am Freitag dem Reichsinnenminister Groener durch Hauptmann Göhring überreicht werden.

Verwaltungsrat der Reichspost

Die Postabfindungsverträge

Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichspost ist zu einer mehrtägigen Sitzung zusammengetreten, die der Beratung des Postetats für 1932 gewidmet war. Der Voranschlag für 1932 schließt in Einnahmen und Ausgaben mit rund 1,8 Milliarden RM. ab gegenüber 2,2 Milliarden im Vorjahre. Zur Deckung des Defizits muß erstmalig die Rücklage in Angriff genommen werden, und zwar sollen von den 100 Millionen RM. zunächst 40 Millionen RM. in Anspruch genommen werden. In der Aussprache spielten auch die in der Oeffentlichkeit laut gewordenen Wünsche auf eine **Senkung weiterer Postgebühren,** namentlich der Telephon- und Rundfunkgebühren, eine Rolle. Der Postminister gab die strikte Erklärung ab, daß angesichts der Finanzlage der Reichspost **weitere Gebührensenkungen untragbar seien.** Diese Auffassung wurde von der Mehrheit des Verwaltungsrates anerkannt. Mit der Spezialfrage der **Rundfunkgebühren** wird sich der Verwaltungsrat noch beschäftigen. Auch hier ist aber keine Gebührensenkung zu erwarten. Der Verwaltungsrat hat sich auch mit der **Abfindung für Bayern und Württemberg** beschäftigt und zwar mit dem Ergebnis, daß die **Entscheidung dem Reichstag und dem Reichsrat** auf Grund der von der Reichsregierung vorgelegten Gesetzentwürfe **überlassen bleiben** soll. Zunächst hat der Verwaltungsrat der Reichspost als Darlehen an das Reich 11 Millionen RM. zur Verfügung gestellt, die wiederum als Darlehen des Reiches an Bayern weitergegeben werden sollen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Vorläufig kein deutsches Moratorium

Entscheidungen, die im Sommer fallen

Der Ausfuhrüberschuß Deutschlands ist im Februar zwar noch mit 97 Millionen aktiv, aber er weist zahlenmäßig einen Rückgang um 5 Millionen auf. Auf längere Sicht betrachtet darf man sagen, daß nach dem schweren Rückschlag des deutschen Exports, der bereits im November einsetzte und im Januar seinen Höhepunkt gefunden hat, eine gewisse Stabilität eingetreten ist. Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß der Februar nur 29 Tage hat, entspricht der Exportüberschuß fast genau dem des Januars. Dies zeigt sich auch darin, daß der Export mengenmäßig keine wesentlichen Aenderungen erfahren hat.

An die Entwicklung des deutschen Außenhandels ist bereits vielfach die Schlußfolgerung geknüpft worden, daß Deutschland in absehbarer Zeit ein Auslandsmoratorium nicht vermeiden kann. Denn die einzige Möglichkeit, die Zinsen für die deutschen Privatschulden und die fälligen Amortisationen zu bezahlen, liegt darin, daß der Ueberschuß des Exports über den Import so hoch bleibt, daß von dem überschüssigen Betrag die Devisentransferierung erfolgen kann. Ueber wesentliche Hilfsquellen, wie andere Länder, z. B. England und Amerika, denen bedeutende Summen aus ihren Ausleihungen zufließen, oder die Schweiz, die bedeutende Einnahmen aus dem Fremdenverkehr hat, verfügt Deutschland nicht. Wohl stehen der deutschen Verschuldung auch deutsche Beteiligungen gegenüber, die schon allein nötig waren, um unseren Export zu sichern. Aber die Auslandsverschuldung übersteigt in so hohem Maße die Auslandsbeteiligung, daß für den jährlich aufzubringenden Zins- und Amortisationsbetrag kein entsprechendes Aequivalent vorhanden ist.

Schon jetzt auf ein unvermeidliches Moratorium Deutschlands hinzuweisen, erscheint uns verfrüht, weil im Augenblick dazu noch keine Notwendigkeit besteht und durch Gerüchte dieser Art die allgemeine Nervosität noch vergrößert werden würde. In den Zahlen des Februar-Exportes macht sich noch nicht die Saisonbelebung geltend. Im Jahre 1931 stieg der Exportüberschuß vom Februar zum März von 158 auf 283 Millionen. Er brachte also ein Mehr von 125 Millionen. Von Januar bis Februar war der Exportüberschuß von 58 Millionen auf 158 Millionen gestiegen. Dieses bedeutende Anwachsen war jedoch fast ausschließlich auf eine starke Einschränkung des Imports zurückzuführen, der von 717 Millionen auf 620 Millionen sank, also damit um 97 Millionen niedriger war als im Januar. Eine solche Importdrosselung konnte 1932 nicht mehr erfolgen, da die deutsche Einfuhr schon so stark vermindert worden ist, daß ein weiteres Abgleiten nur durch zwangsweises Eingreifen des Staates erfolgen könnte. Der Import belief sich im Januar auf 440 Millionen, im Februar auf 441 Millionen. Er war damit tatsächlich um etwas höher als im ersten Monat des Jahres, da der Februar ja nur 29 Tage hatte. Nicht ausgeschlossen scheint es, daß der März ein wesentlich günstigeres Resultat bringt, weil sich zu diesem Zeitpunkt erst die Saisonbelebung für den Export auswirken kann. Im Vorjahre war die Ausfuhrüberschußsteigerung um 125 Millionen im wesentlichen durch eine Exportsteigerung um 89 Millionen bedingt. Eine ähnliche Entwicklung für 1932 vorausgesetzt, wäre es also möglich, daß der Exportüberschuß im März auf über 100 Millionen steigt.

Damit ist nicht gesagt, daß sich die Lage der deutschen Exportindustrien wesentlich gebessert hat. Im Gegenteil, solange die Hochschutzzölle gelten, ist Deutschlands Situation sehr schwierig. Man hofft aber durch die Obertarife ein wesentliches Druckmittel gegen die Länder in der Hand zu haben, die sich völlig gegen den deutschen Export abschließen, so daß sich die allgemeine Situation nicht noch verschlechtern, sondern eher bessern kann.

Ein Exportüberschuß von 97 Millionen ist im Vergleich zu den Zahlungen, die Deutschland geleistet hat, zu gering, um den nötigen Ausgleich für die Devisen zu schaffen. Denn der Zinsendienst der deutschen Anleihen und der Privatschulden sowie die Amortisation erfordern einen höheren Betrag. Unter normalen Verhältnissen wäre bei den Schwankungen des Devisenüberschusses aus Import und Export durch Rückgriff auf die Reichsbank möglich. Ihr Devisen- und Goldpolster ist jedoch so zusammengeschrumpft, daß nur durch vorsichtigstes Lavieren die für die Währung unbedingt nötige Deckung erhalten werden kann.

Eine Reihe von Staaten haben bereits ein Moratorium erklärt. Für Deutschlands Wirtschaft wäre es sehr zu begrüßen, wenn dieser Schritt vermieden werden könnte. Wohl prägt sich in den Kursen der deutschen Anleihen im Ausland sehr deutlich aus, daß man mit einem Moratorium rechnet. Aber wesentlicher als diese Frage ist es, keine neue Erschütterung des Vertrauens zur deutschen Wirtschaft hervorzurufen, die selbst unter Anerkennung der Zwangslage, in der sich Deutschland befindet, nicht zu vermeiden wäre. Die Entscheidung in der ganzen Frage wird erst im Sommer fallen, wenn es zu den Reparationsverhandlungen kommt.

Genfer Besprechungen über den Donauplan

Zunächst weitere diplomatische Verhandlungen

Genf, 17. März. Die **Besprechungen**, die über die **Pläne einer Wirtschaftshilfe für die Donauländer** zwischen den Vertretern einzelner an der Frage interessierter Länder in diesen Tagen stattgefunden haben, sind größtenteils abgeschlossen. Als vorläufiges Ergebnis darf festgestellt werden, daß man sich nunmehr **entschlossen hat, die Frage auf diplomatischem Wege weiter zu behandeln mit dem Ziel, daß zunächst einmal die vier interessierten europäischen Großmächte — Deutschland, Frankreich, Italien und England — zu einer Vereinbarung zu kommen suchen.** Die Frage einer finanziellen Hilfsaktion, eventuell auf dem Wege einer **Völkerbundsanleihe**, wird zur Zeit erörtert. Sie dürfte im Benehmen mit dem Finanzkomitee des Völkerbundes, das zur Zeit in Paris tagt, weiterbehandelt werden. Die deutschen Vertreter, Ministerialdirektor Dr. Posse und Legationsrat von Heeren, kehren wieder nach Berlin zurück. Sie hatten eingehende Besprechungen u. a. auch mit Vertretern der französischen Regierung, denen sie den deutschen Standpunkt entsprechend dem von der deutschen Regierung veröffentlichten Memorandum erläutert haben.

*

Italien billigt die deutsche Einstellung zum Donauplan.

T.U. **Rom**, 17. März. Die deutsche Antwort auf den französischen Donauplan findet in der italienischen Oeffentlichkeit große Beachtung und Zustimmung. Das halbamtliche „Giornale d'Italia" hebt hervor, daß die praktischen Vorschläge der Reichsregierung ganz mit der Antwort Italiens übereinstimmen. Es liege im Interesse der Donauländer selbst, in ihre Verhandlungen von Anfang an die wichtigsten Abnehmerländer Frankreich, Italien, England und Deutschland einzuschalten.

*

Noch keinerlei Stellungnahme Englands zum Donaubundplan

T.U. **London**, 17. März. Von den beteiligten englischen Stellen in London wird im Hinblick darauf, daß die Durchführung der Zollvorzugspläne und anderer Vorschläge zu der Donaubundfrage noch längere Zeit in Anspruch nehmen wird, die Frage erwogen, ob die Lage in Oesterreich und Ungarn wirklich so ernst ist, daß sie sofortige Hilfsmaßnahmen erforderlich mache. Die Ansichten hierüber sind sehr geteilt, so daß noch keine Beschlüsse gefaßt werden konnten. Die englischen Bankiers haben die Regierungsstellen wissen lassen, daß bei ihnen so gut wie gar keine Neigung zur Hergabe von Geld nach Oesterreich und Ungarn bestehe, da unter den gegenwärtigen Umständen neue Anleihen ebenso wenig den Zweck des Wiederaufbaues erfüllen würden wie die früheren.

Die aus französischer Quelle stammende Behauptung, daß Sir John Simon mit den finanziellen zeitweiligen Hilfsplänen Tardieus einverstanden sei, wird von den zuständigen englischen Stellen als völlig verfrüht bezeichnet. Tatsächlich sei auch jetzt noch keine endgültige Entscheidung über die von England zu verfolgende Politik gefallen. Der Gedanke einer Aussprache der Mächte im Rahmen des Donau-Ausschusses stamme von englischer Seite, sei aber nur in der Form eines versuchsweisen Vorschlages vorgebracht worden. Entgegen anders lautenden Meldungen aus Paris und Warschau haben die Londoner Stellen den bestimmten Eindruck gewonnen, daß Polen sich an der Donaugemeinschaft nicht beteiligen will.

Preußischer Landtag

Braun über Ostpreußen

Berlin, 17. März. Im preußischen Landtag hat Ministerpräsident Braun zur Haushaltsberatung gesprochen. Er erwähnte die weitgehende Hilfe, die unter dem persönlichen Einfluß des Reichspräsidenten der **Provinz Ostpreußen** gewährt worden ist und geißelte in erregten Worten die **Undankbarkeit gewisser ostpreußischer Gebiete**, weil sie am 13. März nicht dem Retter des Landes, sondern Herrn Hitler ihre Stimme gegeben haben. Weiter wandte sich Braun dann gegen die Gerüchte von einem **drohenden polnischen Einfall in Ostpreußen** und erklärte mit erhobener Stimme und unter dem Beifall des ganzen Hauses: **„Bei einem polnischen Angriff auf Ostpreußen steht das ganze deutsche Volk geschlossen für Ostpreußen ein."** Ueberhaupt würden irgendwelchen Bestrebungen auf Loslösung von deutschen Gebietsteilen von der preußischen Regierung auf das energischste entgegengetreten werden. Er spielte damit auf den **Memelkonflikt** an, dessen Behandlung durch die Reichsregierung sich schon in wenigen Tagen als richtig erweisen würde.

Gegenüber den von der Rechten erhobenen Vorwürfen, daß im Präsidentschaftswahlkampf der Rundfunk einseitig von der Regierung benutzt worden sei, stellte Braun fest, daß es sich nicht um einen Kampf zwischen den Regierungsparteien und anderen Parteien, sondern um die Wahl des Staatsoberhauptes gehandelt habe. Die Hörer hätten daher verlangen können, daß der Reichspräsident selbst zu ihnen spreche, und daß auch der Kanzler sich zu der Situation äußere. Diese Erklärung wurde von der Rechtsopposition mit lautem Widerspruch aufgenommen. Zum Schluß verbreitete sich Braun noch über die Wirtschaftslage. Die Deutschnationalen hätten die Wirtschaftspolitik in den letzten Jahren viel stärker beeinflußt als jede andere Partei. Die Zölle übersteigen heute diejenigen der Vorkriegszeiten um das Drei- bis Vierfache. Auch daran kann es also nicht liegen. Die Privatwirtschaft steht auf dem Standpunkt, daß der Staat sich nur betätigen dürfte, um die durch die Fehlmaßnahmen der Wirtschaft entstandenen Schäden auf die Allgemeinheit abzuwälzen. So geht es nicht. Mit der Katzenellenbogenfreiheit muß Schluß gemacht werden! Als der Ministerpräsident die Hoffnung aussprach, daß das Volk am 24. April für den bisherigen Kurs sich entscheiden werde, hagelte es ironische Zurufe aus den Bänken der Rechten.

Hitler spricht in Weimar

Adolf Hitler sprach am Dienstag abend in der neuen Weimarhalle, in der ein ungeheurer Andrang herrschte. Er wandte sich einleitend gegen den Thüringer Untersuchungsausschuß, glossierte den Anlaß seiner Anwesenheit in Weimar und machte sehr abfällige Bemerkungen über eine Art Gegner, wie er sie eben kennengelernt habe. „Ich hielt es", so führte Hitler aus, „allerdings nicht für möglich, daß die große revolutionäre Sozialdemokratie bis zum letzten Mann für Hindenburg eintreten würde, **und ich gestehe offen, daß das ein schwerer Fehler in unserer Rechnung gewesen ist.** Daß den Sozialdemokraten die Angst in den Knochen steckt, haben wir gewußt. Daß diese Angst aber so groß sein würde, haben wir doch nicht für möglich gehalten.

„Ich weiß genau", so führte Hitler weiter aus, „daß es Leute gibt die da meinen, die Nationalsozialisten würden nach dem Ergebnis vom Sonntag nunmehr „genug" haben. Aber **ich versichere, daß es für uns kein Ende des Kampfes geben kann.** Dieser Kampf geht weiter, bis das System und seine Parteien endlich doch am Boden liegen. **Der Tag kommt, gleichgültig ob morgen oder in zehn Jahren.** Meine Partei kapituliert nicht, am allerwenigsten in einem Augenblick, wo wir einen so gewaltigen Erfolg erstritten haben. Wenn man von „nationaler Opposition" redet, so ist festzustellen, daß wir, wir ganz allein die geistigen Träger des Widerstandes sind. Und wir werden kämpfen in der Zuversicht, daß uns jeder Kampf einige Schritte unserem Ziele näher bringt. Ob wir heute oder morgen siegen, ist nicht das Wesentliche. Wesentlich ist, daß wir unsere Pflicht dem Vaterlande gegenüber erfüllen." Hitler forderte schließlich die Führer der nationalsozialistischen Bewegung auf, unermüdlich und sofort die neuen Angriffe einzuleiten.

In zwölfter Stunde

Roman von Hans Otto

Urheberrechte: Literatur-Verlag Gloria, Berlin-Steglitz

6. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

„Legen Sie los!"

„Mein Vater war der Rechtsanwalt Dr. Ferdinand Helling in Magdeburg. Ich war vierzehn Jahre alt, als er starb. Er hatte gewünscht, daß ich mal seine Praxis übernehmen sollte, aber an ein Studium war nach seinem Hinscheiden natürlich nicht mehr zu denken. Ein Freund meines Vaters, ein Herr Waltersen, Besitzer einer Zuckerfabrik, nahm mich in sein Kontor. In vollstem Maße mit mir zufrieden, vertrat er an mir im wahrsten Sinne des Wortes Vaterstelle. Der Krieg kam, ich mußte, achtzehn Jahre alt, ins Feld. Heil und ganz zurückgekehrt, nahm ich wieder meinen Posten ein, das Leben ging weiter.

Es war ein sehr angenehmes Leben, ich bekleidete nun einen höheren, gut bezahlten Posten. Ein paar Jahre weiter und mein väterlicher Gönner übertrug mir die Leitung des Unternehmens. Ganz plötzlich wurde er dahingerafft, und nun erst sollte ich erfahren, ein wie hochherziger Mann er gewesen war. Er hatte mich zu seinem Universalerben eingesetzt. Mein Glück schien vollkommen. Da fochten entfernte Verwandte von ihm, Familie hinterließ er nicht, das Testament wegen eines Formfehlers an und erzielten ein obsiegendes Urteil. Im gleichen Moment verlor ich natürlich auch meine gute Stellung.

Ich hatte ein paar Sparpfennige und konnte mich in Ruhe nach einer geeigneten Position umsehen. Auf eine Einladung hin beteiligte ich mich an einer Motorradfernfahrt und gewann. Ich war zwar schon immer ein guter Fahrer, aber etwas Dusel hatte ich insofern, als zwei der aussichtsreichsten Leute aus dem Rennen geworfen wurden. Dieser Ausgang wurde für mich entscheidend. Ich verzichtete auf die Uebernahme einer kaufmännischen Stellung und wandte mich ganz dem Sport zu.

Es ging mal so, mal so, bis ich vor zwei Jahren auf dem Nürburgring einen wirklich großen Sieg errang und damit einen sehr anständigen Preis von den Pfeil-Werken. Das stieg mir aber keineswegs zu Kopf. Ich dachte an die Zukunft, ans Alter, und beschloß, mir einen Autopark anzuschaffen. Zunächst konnte ich nur ein Auto kaufen. Mit dem fuhr ich tagein, tagaus durch Berlin und gönnte mir nur soviel Ruhe, wie man zum Schlafen nötig hat. Es wollte nicht vorwärts gehen. Da trat mein Freund Bartelt an mich heran mit dem erwähnten Vorschlag. Ich lernte fliegen, aber mit der Anstellung war es Essig. Nun muß ich eben weiter Taxi fahren. Mehr ist über mich nicht zu sagen."

Aufmerksam hatte Reichlin zugehört. Jetzt stand er auf und ging überlegend durchs Zimmer.

„Ich danke Ihnen für Ihre Mitteilungen," sagte er endlich, vor Helling stehen bleibend, „aber ich kann Sie nicht geradewegs auf den Nürburgring schicken. Wollen Sie auf meiner Fabrikbahn in Utingen Probefahren? Gewinne ich dabei den Eindruck, den ich haben muß, dann, aber nur dann, kann ich Ihnen den Wagen anvertrauen."

„Herr Generaldirektor, bitte prüfen Sie mich, wo und wann Sie wollen. Ich versichere Ihnen, ich werde die Probe bestehen."

„Können Sie unverzüglich nach Utingen kommen?"

„Ich fahre nur meinen Wagen in die Garage, dann stehe ich zu Ihrer Verfügung."

Reichlin warf einen Blick auf seine Uhr.

„Gut, ich erwarte Sie in einer Stunde auf dem Tempelhofer Felde, wir werden in meinem Flugzeug zusammen nach Utingen fliegen."

Helling klappte die Hacken zusammen und machte Reichlin eine Verbeugung. Dieser streckte ihm die Hand hin, seine Züge waren erhellt, er freute sich der soeben gemachten Bekanntschaft.

Frau Cornelia war nichts weniger denn entzückt, als sie von dem Vorhaben ihres Mannes hörte.

„Schön, fahre du nach Utingen, ich bleibe hier."

Reichlin nickte zustimmend, dann erledigte er noch schnell die notwendigen telefonischen Verständigungen.

4. Kapitel.

Auch Helling hatte noch zwei Telefonate zu erledigen. Vor allen Dingen mußte sein Freund Rudi die große Neuigkeit erfahren.

„Glatt hinsetzen wird sich der gute Junge," jubelte Helling, als er eiligst seine Garage abschloß.

Beim Hinaufstürmen in seine Wohnung kamen ihm jedoch Bedenken, ob er Rudi überhaupt erreichen werde. Dieser Neuigkeitenjäger suchte oder machte ja dauernd Aufnahmen, die für das Kinopublikum interessant oder lehrreich waren.

Richtig bekam er denn auch den Bescheid, daß Herr Bartelt nicht zu sprechen sei.

„Was heißt das, Fräulein, er ist nicht zu sprechen? Treibt er sich in Berlin herum oder ist er nach außerhalb gefahren?"

„Herr Bartelt hat eine wichtige Konferenz."

„Er ist also im Hause?"

„Das wohl, aber wie ich schon sagte . . ."

„Also Fräulein, gehen Sie zu ihm, packen Sie ihn am Schlafittchen und schleifen Sie ihn an den Apparat. Was ich ihm zu sagen habe, ist für ihn von allergrößtem Interesse."

„Ich bedauere unendlich . . ."

„Das ist Ihre Privatsache! Ich muß Herrn Bartelt sprechen! Sie bringen sich um Ihre Stellung, wenn Sie ihn nicht heranholen."

„Einen Augenblick."

Helling lachte in sich hinein. Eine ganze Minute, die ihm wie eine Ewigkeit vorkam, lauschte er, ohne die ihm wohlbekannte Stimme zu vernehmen.

„Hier Bartelt," meldete sich endlich der sehnlichst Erwartete.

„Na Gott sei Dank, ich befürchtete schon, du wolltest mich an der Strippe verhungern lassen. Ich habe eine riesenhaftige Neuigkeit für dich."

„Ich für dich auch! Und ohne die deine zu kennen, behaupte ich, daß die meinige für dich tausendmal wertvoller ist."

„Du leidest an krankhafter Ueberschätzung, mein lieber Rudi! Ich will dir gewiß nicht wehtun, aber es ist nun mal so."

„Ich weiß schon, du spielst auf den angeblichen Fehlschlag an."

„An den habe ich im Augenblick wahrhaftig nicht gedacht. Aber „angeblich" ist doch nun wieder eine glo' Bestätigung meiner Behauptung."

(Fortsetzung folgt.)